

Werkvertrag
mit dem Aktenzeichen 26-1383-Z-DM-OeA

zwischen dem

Deutschen Jugendinstitut e.V.
dieses vertreten durch den Vorstand
Herrn Andreas Hartmann
Nockherstraße 2
81541 München

- Auftraggeberin-

und

[wird nach Zuschlag ergänzt]
[wird nach Zuschlag ergänzt]
[wird nach Zuschlag ergänzt]

- Auftragnehmer¹ -

wird folgender Werkvertrag über die [Migrationsbefragung als Zusatzstudie zur DJI-Kinderbetreuungsstudie \(KiBS\) für das Jahr 2026](#) geschlossen:

§ 1 Vertragsgegenstand und Erfüllungsort

- (1) Gegenstand des Vertrages ist die Durchführung der Migrationsbefragung als Zusatzstudie zur DJI-Kinderbetreuungsstudie (KiBS) für das Jahr 2026 durch den Auftragnehmer für die Auftraggeberin. Erfüllungsort ist die Bundesrepublik Deutschland. Die Details der geschuldeten Leistung bestimmen sich im Übrigen nach den folgenden Vertragsbestimmungen und den in § 2 genannten weiteren Vertragsbestandteilen.
- (2) Dieser Vertrag ist ein Werkvertrag. Ergänzend zu den Regelungen dieses Vertrages finden die §§ 631 ff. BGB Anwendung.

§ 2 Vertragsbestandteile

- (1) Bestandteile dieses Vertrages sind

¹Es wird zugunsten der Lesbarkeit die männliche Form verwendet.

- a) dieser Vertragstext inklusive der Anlagen
 - aa) Leistungsbeschreibung der Auftraggeberin vom 05.06.2026
- ab) Angebot des Auftragnehmers inklusive der eingereichten Preise vom [wird nach Zuschlag ergänzt],
 - ac) etwaige Besondere Vertragsbedingungen,
 - b) die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses geltenden Fassung,
 - c) die Bekanntmachung inkl. etwaige Angebotsaufforderung/Aufforderung zur Teilnahme der Auftraggeberin vom 05.06.2026,
 - d) eine etwaige Vereinbarung zur Auftragsdatenverarbeitung (Anlage zum Vertrag inkl. ihrer Anlagen) in der Fassung vom 05.06.2026,
 - e) etwaige weitere Vergabeunterlagen im Rahmen der Bekanntmachung vom 08.06.2026.
- (2) Bei Unstimmigkeiten gelten die Vertragsbestandteile in der oben genannten Rangfolge.
- (3) Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers, insbesondere anderslautende Liefer- oder Zahlbedingungen, werden nicht Bestandteil des Vertrages.

§ 3 Vertragslaufzeit, Meilensteinplan und Ausführungsfristen

- (1) Das Vertragsverhältnis wird mit Zuschlagserteilung wirksam.
- (2) Der Auftragnehmer hat mit seiner Leistung nach Zusendung der notwendigen Unterlagen durch die Auftraggeberin unverzüglich nach Zuschlagserteilung, spätestens am 01.07.2026 zu beginnen.
- (3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die vollständige Leistung innerhalb der in der Leistungsbeschreibung genannten Fristen, spätestens bis zum 31.12.2026 zu erbringen.
- (4) Erkennt der Auftragnehmer, dass er die vorgenannten Fristen nicht einhalten kann, so teilt er dieses der Auftraggeberin mit Nennung der Gründe der Verzögerung unverzüglich mit. Im Übrigen gilt § 5 VOL/B.

§ 4 Unteraufträge

- (1) Der Auftragnehmer darf die Ausführung der Leistung oder Teilleistung nur mit vorheriger Zustimmung der Auftraggeberin auf Unterauftragnehmer übertragen. Er ist grundsätzlich verpflichtet, den bei Angebotsabgabe bzw. Abgabe des Teilnahmeantrags entsprechend der genannten Bewerbungsbedingungen angezeigten Unterauftragnehmer zu wählen.
- (2) Während der Vertragsausführung muss der Auftragnehmer jede beabsichtigte Änderung der Unterauftragnehmer frühzeitig in Textform gemäß § 126b BGB anzeigen und die Zustimmung der Auftraggeberin gemäß Absatz 1 einholen.
- (3) Der Auftragnehmer hat bei der Beauftragung von Unterauftragnehmern zur Durchführung dieses Vertrages diese auf die Einhaltung der in § 9 genannten Pflichten hinzuweisen.

§ 5 Abnahme und Gewährleistungsrechte

- (1) Die Abnahme der vertraglich geschuldeten Leistung erfolgt nach Fertigstellung. Abnahme ist die (körperliche) Entgegennahme und Billigung des Werkes als im Wesentlichen vertragsgemäß. Die Annahme der Leistung bzw. Ingebrauchnahme stellen keine Abnahme dar.

- (2) Die Erklärung der Abnahme durch die Auftraggeberin erfolgt in Textform. Wird die Abnahme der Leistung nicht in Textform erklärt, so gilt diese als bewirkt, wenn die Zahlung der Vergütung erfolgt ist.
- (3) Festgestellte Mängel sind dem Auftragnehmer unverzüglich in Textform anzuzeigen. Erfolgt die Abnahme trotz durch die Auftraggeberin angezeigter Mängel, behält sie sich die Geltendmachung der in § 634 Nr. 1 bis 3 BGB bezeichneten Rechte vor.
- (4) Ist die Leistung nicht vertragsgemäß und verweigert die Auftraggeberin deshalb zu Recht die Abnahme oder erfolgt eine Abnahme unter Vorbehalt der Beseitigung der in Textform mitgeteilten Mängel, so ist der Auftragnehmer verpflichtet, jeweils unverzüglich eine vertragsgemäße Leistung zu erbringen und die Mängel zu beseitigen, die voraussichtliche Dauer der Mängelbeseitigung mitzuteilen und nach Abschluss der Nacharbeiten die Mängelbeseitigung anzuzeigen.

§ 6 Vergütung

- (1) Der Auftragnehmer erhält nach Fertigstellung und Abnahme der in § 1 beschriebenen Leistung einschließlich der Übertragung etwaiger Nutzungsrechte eine Vergütung in Höhe von [\[wird nach Zuschlag ergänzt\]](#) – in Buchstaben [\[wird nach Zuschlag ergänzt\]](#) – EUR, zzgl. der geltenden Umsatzsteuer in gesetzlicher Höhe (Bruttopreisvereinbarung).
- (2) Die Vergütung der Leistung erfolgt in mehreren Teilzahlungen und einer Schlusszahlung und richtet sich nach dem Auftragsfortschritt. Die Vergütung wird nach Abnahme und 30 Tage nach Eingang einer jeweils prüffähigen Rechnung fällig. Bei der Rechnungsstellung ist der ergebende Zahlungsplan in Form des sich aus § 3 Abs. 3 dieses Vertrages ergebenden Meilensteinplans zu berücksichtigen.
- (3) Sofern in den Angebotspreisen des Auftragnehmers Festpreise genannt werden, beinhalten diese sämtlichen Kosten für die anfallenden Leistungen und Entgelte. Durch die Festpreise sind auch Reisekosten und sonstige Nebenkosten (Zuschläge für Sonn- und Feiertagsarbeit, Transport-, Materialkosten u.a.) des Auftragnehmers abgegolten. Soweit in den Angebotspreisen des Auftragnehmers aufwandsbezogene Preispositionen benannt werden, werden diese entsprechend des tatsächlichen Aufwands abgerechnet. Der Auftragnehmer bleibt bis zum Ende der Vertragslaufzeit an seine Preise aus dem Angebot vom [\[wird nach Zuschlag ergänzt\]](#) gebunden.
- (4) Mit der Vergütung sind alle Vergütungsansprüche des Auftragnehmers im Zusammenhang mit der Erbringung der vertragsgegenständlichen Leistungen, insbesondere der Erbringung der Werkleistung und der Einräumung der Rechte gemäß § 7 dieses Vertrages, abgegolten.
- (5) Der Auftragnehmer ist für die Versteuerung der Vergütung und etwaige Abgaben zur Sozialversicherung selbst verantwortlich. Es wird darauf hingewiesen, dass für die Auftraggeberin eine Meldepflicht über geleistete Vergütungen gegenüber den zuständigen Finanzbehörden besteht.
- (6) Die Rechnungen sind nach den Vorgaben des Merkblattes zur Rechnungsstellung (Anlage) einzureichen.

Die Zusendung der Rechnung wird – solange die Auftraggeberin nicht eine elektronische Rechnungsstellung nach Abs. 2 verlangt – erbeten an:

Deutsches Jugendinstitut e.V.
Zentraler Rechnungseingang

- (7) Die Rechnung ist voraussichtlich ab dem 01.07.2026 nach den Vorgaben der „Verordnung zur elektronischen Rechnungsstellung im öffentlichen Auftragswesen des Bundes“ (E-Rechnungs-Verordnung) elektronisch über die Leitweg-ID 993-80148-18 einzureichen. Eine Rechnung, die ab diesem Zeitpunkt entgegen vorstehender Regelung nicht elektronisch gestellt wird, begründet ab o.g. Zeitpunkt keinen Verzug nach § 286 Abs. 3 BGB. Eine Einreichung der Rechnung in Schriftform ist grundsätzlich nur nach den Vorgaben der E-Rechnungs-Verordnung zulässig.
- (8) Die vollständige Abrechnung (prüffähige Schlussrechnung inkl. ggf. Nachweise) ist der Auftraggeberin spätestens 10 Kalendertage nach Erbringung und vollständiger Abnahme der Leistung vorzulegen. Schäden, die der Auftraggeberin durch eine verspätete Abrechnung entstehen, können gegenüber dem Auftragnehmer geltend gemacht werden.
- (9) Im Übrigen gelten § 15 VOL/B und § 17 VOL/B.
- (10) Fallen bei der Überweisung des Rechnungsbetrages Kosten an (z.B. bei einer Auslandsüberweisung), sind diese vom Zahlungsempfänger zu tragen.

§ 7 Nutzungsrechte

- (1) Sämtliche Arbeitsergebnisse hat der Auftragnehmer spätestens nach Abschluss der Leistung oder anderweitigen Beendigung des Vertragsverhältnisses an die Auftraggeberin zu übergeben und zu übereignen.
- (2) Wenn und soweit bei Erbringung der Leistung Urheberrechte oder verwandte Schutzrechte im Sinne des Urhebergesetzes entstehen, räumt der Auftragnehmer der Auftraggeberin unbedingt und unwiderruflich die ausschließlichen, räumlich, zeitlich und inhaltlich unbeschränkten Nutzungs- und Verwertungsrechte am Werk und an seinen Teilen ein. Die Einräumung umfasst die Befugnis der Auftraggeberin zur Nutzung und Verwertung im In- und Ausland in körperlicher Form, insbesondere zur Vervielfältigung, Verbreitung und Ausstellung, und in unkörperlicher Form, insbesondere zur öffentlichen Wiedergabe einschließlich der öffentlichen Zugänglichmachung. Dies gilt außerdem für Nutzungsarten, die zum Zeitpunkt des Abschlusses dieser Vereinbarung noch nicht bekannt sind. Die Auftraggeberin hat dabei auch das Recht, Dritten Nutzungsrechte einzuräumen.
- (3) Die Einräumung des Nutzungsrechts ist mit der vereinbarten Vergütung abgegolten.
- (4) Eine Veröffentlichung oder anderweitige Nutzung der Arbeitsergebnisse durch den Auftragnehmer ist ausschließlich mit vorheriger Zustimmung der Auftraggeberin möglich.
- (5) Der Auftragnehmer garantiert, dass alle Leistungen, die er oder seine Unterauftragnehmer im Rahmen dieses Vertrags erbringen, frei von Rechten Dritter sind und stellt die Auftraggeberin von möglichen Ansprüchen Dritter wegen Verletzung von Urheberrechten oder verwandten Schutzrechten oder sonstigen Rechten, einschließlich etwaiger für die Rechtsverteidigung anfallenden Gerichts- und Anwaltskosten, frei.
- (6) Die zur Erbringung der Leistung zur Verfügung gestellten Unterlagen sind der Auftraggeberin unverzüglich nach Fertigstellung des Werks vollständig zurückzugeben.

§ 8 Weisungsfreiheit, persönliche und wirtschaftliche Unabhängigkeit des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer unterliegt bei der Erbringung der geschuldeten Leistung keiner Weisung der Auftraggeberin. Der Auftragnehmer ist insbesondere in der inhaltlichen Gestaltung seiner Tätigkeit an keine besonderen Vorgaben gebunden und handelt eigenverantwortlich. Etwaige ausdrückliche Regelungen in der Leistungsbeschreibung hierzu bleiben hiervon unberührt. Ein Arbeitsverhältnis wird mit dieser Vereinbarung nicht begründet.
- (2) Handelt es sich bei dem Auftragnehmer um eine natürliche Person, wird durch diesen Vertrag kein persönliches oder wirtschaftliches Abhängigkeitsverhältnis zur Auftraggeberin begründet. Der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) und andere arbeitsrechtliche Bestimmungen finden auf diesen Vertrag keine Anwendung.
- (3) Handelt es sich bei dem Auftragnehmer um eine juristische Person, wird durch diesen Vertrag kein persönliches oder wirtschaftliches Abhängigkeitsverhältnis der Gesellschafter oder Mitarbeitenden des Auftragnehmers zur Auftraggeberin begründet. Der Auftragnehmer erklärt, dass er – bzw. die Gesellschaft weiterhin mehr als 50% der Umsätze nicht mit der Auftraggeberin und /oder mit ihm entsprechend 15 AktG verbunden Unternehmen erzielt.

§ 9 Sonstige Pflichten des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die im Rahmen dieses Vertrages eingesetzten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen nach Maßgabe des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (MiLoG) und des Gesetzes über zwingende Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (AEntG) in der jeweils gültigen Fassung zu entlohnen und zu beschäftigen. Die Auftraggeberin ist berechtigt, die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben jederzeit zu überprüfen. Dazu kann sie sich z. B. anonymisierte Lohnabrechnungen vorlegen lassen oder Einsicht in die entsprechenden Unterlagen des Auftragnehmers verlangen.
- (2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die in Absatz 1 Satz 1 genannte Verpflichtung zur Einhaltung des MiLoG und des AEntG auch den von ihm eingesetzten oder von Unterauftragnehmern eingesetzten Unterauftragnehmern aufzuerlegen. Vor der Beauftragung von Unterauftragnehmern/der Erteilung von Unteraufträgen ist jeweils eine schriftliche Verpflichtungserklärung im Sinne des Absatz 1 Satz 1 einzuholen. Die entsprechenden Erklärungen der gesamten Unterauftragnehmerkette sind auf Verlangen der Auftraggeberin vorzulegen.
- (3) Der Auftragnehmer ist zur Erfüllung aller gesetzlichen, behördlichen, sozialrechtlichen und berufsgenossenschaftlichen Regelungen verpflichtet.

§ 10 Haftung

- (1) Die Haftung der Auftraggeberin für Schäden, die dem Auftragnehmer entstehen und die nicht auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung der Auftraggeberin, ihres gesetzlichen Vertreters oder ihrer Erfüllungsgehilfen beruhen, wird ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit.

- (2) Der Auftragnehmer haftet im gesetzlichen Rahmen für alle Schäden, die durch sie bzw. ihre Erfüllungsgehilfen im Zusammenhang mit der Ausführung der in der Leistungsbeschreibung aufgeführten Arbeiten schuldhaft verursacht werden.
- (3) Außerdem haftet der Auftragnehmer für alle Schäden, die sich aus der Nichterfüllung oder mangelhaften Erfüllung der übernommenen Pflichten ergeben.
- (4) Der Auftragnehmer stellt die Auftraggeberin von Ansprüchen Dritter aus etwaigen von ihm oder seinen Erfüllungsgehilfen verursachten Pflichtverletzungen frei und trägt die Kosten, die der Auftraggeberin in diesem Zusammenhang entstehen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, in Verträgen, die er zur Durchführung dieses Vertrages mit Dritten schließt, entsprechende Vereinbarungen zu treffen.
- (5) Soweit es sich beim Auftragnehmer um eine Bietergemeinschaft handelt, haften die beteiligten natürlichen und juristischen Personen als Gesamtschuldner.

§ 11 Haftpflichtversicherung

- (1) Der Auftragnehmer hat auf seine Kosten eine Betriebshaftpflichtversicherung zur Deckung etwaiger Ansprüche für die gesamte Vertragszeit abzuschließen und nachzuweisen.
- (2) Die Deckungssumme der Betriebshaftpflichtversicherung muss mindestens betragen:
 - a) für Personenschäden pro Einzelperson 5.000.000 Mio. EUR
 - b) für Sachschäden 250.000 EUR
 - c) für Vermögensschäden pro Einzelfall 250.000 EUR
- (3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, der Auftraggeberin vor Leistungsbeginn, zum Ende eines jeden Kalenderjahres sowie auf Anforderung das Bestehen des Versicherungsschutzes mit den in Abs. 1 genannten Deckungssummen nachzuweisen.

§ 12 Forderungsabtretung

Die Abtretung einer Forderung des Auftragnehmers aus diesem Vertrag ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin rechtswirksam. Der Auftragnehmer hat die Abtretungsanzeige der Auftraggeberin vorzulegen.

§ 13 Kündigung

- (1) Die Auftraggeberin ist jederzeit zur Kündigung des Vertrages mit sofortiger Wirkung berechtigt, wenn
 - a) der Auftragnehmer Dienstkräften der Verwaltung Geschenke oder andere Vorteile im Sinne der §§ 331 ff. StGB anbietet, verspricht oder gewährt,
 - b) der Vertrag unter Verletzung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen zustande gekommen ist,
 - c) ein Insolvenzverfahren über das Vermögen des Auftragnehmers eingeleitet worden ist,
 - d) der Auftragnehmer seine Verpflichtungen aus diesem Vertrag vorsätzlich oder grobfahrlässig verletzt oder trotz Abmahnung mehrmals fahrlässig verletzt hat, oder
 - e) andere wichtige Gründe vorliegen.
- (2) Bei einer Kündigung mit sofortiger Wirkung nach Absatz 1 ist die Auftraggeberin berechtigt, vom Auftragnehmer Ersatz des ihr durch diese Kündigung entstandenen Schadens zu verlangen.

- (3) Im Kündigungsfall erhält der Auftragnehmer nur die Vergütung für die bis dahin erbrachten, in sich abgeschlossenen, nachgewiesenen und als vertragsgemäß anerkannten Einzelleistungen.
- (4) Im Falle der Kündigung sind die Ergebnisse und Arbeitsunterlagen sowie sonstige Arbeitsmittel in dem Zustand, in dem sie sich zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung befinden, der Auftraggeberin unverzüglich zu übergeben. Elektronische Daten sind vollständig zu löschen. Ausgenommen davon sind Unterlagen und Daten, hinsichtlich derer eine längere gesetzliche Aufbewahrungspflicht besteht, jedoch nur bis zum Ende der jeweiligen Aufbewahrungsfrist. Der Auftragnehmer hat dem Unternehmen auf dessen Wunsch die Löschung schriftlich zu bestätigen.
- (5) Eine Kündigung bedarf der Schriftform.
- (6) Die außerordentliche Kündigung nach den gesetzlichen Regelungen bleibt hiervon unberührt.

§ 14 Nebenabreden, Schriftform

- (1) Sämtliche Nebenabreden, Änderungen und Ergänzungen zu diesem Vertrag bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform gem. § 126 BGB, der elektronischen Form gem. § 126a BGB oder der Textform gem. § 126b BGB und müssen als solche ausdrücklich bezeichnet werden. Dies gilt auch für die Abbedingung des Schrift- und Textformerfordernisses. Mündlich getroffene Vereinbarungen sind unwirksam.
- (2) Dieser Vertrag wird zweifach ausgefertigt.

§ 15 Salvatorische Klausel

Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrages aus irgendeinem Grund unwirksam sein oder werden, so wird davon die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen hiervon nicht berührt.

§ 16 Gerichtsstand

Soweit der Auftragnehmer Kaufmann, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist, vereinbaren die Vertragsparteien, für alle Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag, München als ausschließlichen Gerichtsstand.

§ 17 Anwendbares Recht

- (1) Für die Durchführung dieses Vertrags gilt ausnahmslos das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

München, den
Im Auftrag

[wird nach Zuschlag ergänzt], den

(Datum, Name in Druckbuchstaben, Unterschrift)

Auftraggeberin

(Datum, Name in Druckbuchstaben, Unterschrift)

Auftragnehmer